

# LI-Briefing

# Auslaufmodell

# Entwicklungshilfe



DAVID SIGNER \* • August 2018

## Zusammenfassung

- Über Afrika zu reden ist im heutigen Zeitalter problematisch. Bei keinem anderen Kontinent ist die Rede so polarisiert, so emotional und moralisch aufgeladen. Das gilt auch für die Frage der Entwicklungszusammenarbeit, die oft in Verbindung gebracht wird mit einer vergangenen und gegenwärtigen Schuld des Westens gegenüber Afrika.
- Wichtige Fragen wie rudimentäres «Nation-building», schlechte Regierungsführung, Korruption oder Demografie werden häufig ausgeblendet oder als politisch inkorrekt gebrandmarkt.
- Bei der Analyse der Entwicklungszusammenarbeit lassen sich grob zwei Ansätze unterscheiden: Die Forderung einer Art gigantischer Anschubfinanzierung für Afrika, damit der Kontinent der «Armutsfalle» entkommt. Auch der deutsche «Marshallplan mit Afrika» oder die Forderung «0,7% des BSP» folgt dieser Logik von «mehr Geld gleich mehr Entwicklung».
- Dem entgegen stehen Skeptiker, die Entwicklungshilfe nicht nur als unnützlich, sondern sogar als oft schädlich einschätzen. Die Gelder der «Gebernationen» können die Korruption anheizen, wirtschaftliche Entwicklung hemmen und diktatorische Regimes zementieren.
- Ein wichtiger Beitrag zur Diskussion zeigt, dass die in Bezug auf Afrika häufig gehörte Behauptung «Sie sind arm, weil wir reich sind» falsch ist. Die Weltwirtschaft ist kein Nullsummenspiel.
- Der Westen hat durchaus auch ein ökonomisches Interesse an einem funktionierenden, prosperierenden Afrika als Produktionsstandort und Absatzmarkt. Dieses Afrika der Zukunft wird jedoch kaum durch Entwicklungszusammenarbeit errichtet.

---

\* Der Autor, Dr., ist Afrika-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung mit Sitz in Dakar (Senegal).

**E**s ist nicht einfach, politisch korrekt über Afrika zu sprechen. Berichtet man über das verbreitete Elend auf dem Kontinent, heisst es, Afrika bestehe doch nicht nur aus Kriegen und Katastrophen, man solle doch auch einmal über Fortschritte, die Modernisierung, das Wirtschaftswachstum und den angeblich boomenden Mittelstand berichten. Diese Kritik kommt übrigens seltsamerweise oft auch aus Kreisen der Entwicklungszusammenarbeit. Vielleicht soll damit der Kritik, dass die Hilfe nichts gebracht habe, vorgebeugt werden.

Es heisst auch, man solle nicht pauschalisierend über Afrika reden, am besten vermeide man das Wort «Afrika» ganz. Aber der Mehrheit der Bevölkerung in den meisten Ländern geht es schlecht, der Kontinent bildet ökonomisch immer noch weit abgeschlagen das globale Schlusslicht, und nur schon aus diesem Grund kann man weltwirtschaftlich sehr wohl von Afrika sprechen. Es ist zynisch, so zu tun, als sei die schmale Mittel- und Oberschicht repräsentativ für ein angeblich neues Afrika. Wenn alles so prima wäre, warum möchten dann laut einer kürzlich veröffentlichten Erhebung drei Viertel der jungen Erwachsenen Senegal verlassen, eines der demokratischsten und stabilsten Länder des Kontinents?

Geht man davon aus, dass es in den meisten afrikanischen Ländern nicht gerade rosig aussieht, stellt sich die Frage, warum.

## Afrika wird armregiert

Verteidiger der Entwicklungszusammenarbeit suggerieren oft, es liege am Westen (hier gibt es weniger Skrupel zu verallgemeinern als beim Wort «Afrika»). Das beginnt beim Sklavenhandel, geht über den Kolonialismus und endet bei den angeblich vom Westen errichteten Handelsbarrieren, die Afrika in Abhängigkeit halten und seinen Aufschwung verhindern würden. Das Argument wird seit Jahren gebetsmühlenartig wiederholt, obwohl inzwischen die meisten Subventionen für Agrarexporte aus Europa nach Afrika abgeschafft wurden. Auch können fast alle afrikanischen Staaten, weil sie zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt zählen, fast alles zoll- und kontingentfrei in die EU exportieren. Es ist irreführend, wenn suggeriert wird, der Abbau der wenigen noch verbliebenen Handelsschranken würde von selbst zu einer Wende zum Besseren führen. Keine der bisherigen Liberalisierungen gibt zu dieser Prognose Anlass.

Man könnte hier in Klammern anfügen, dass es oft auf Seiten der afrikanischen Staaten absurde Zollbestimmungen gibt, mit denen sich die Regierungen in den eigenen Fuss schießen, so wenn zum Beispiel, wie dies oft der Fall ist, sogar Hilfslieferungen verzollt werden müssen und Organisationen zu abstrusen, demütigenden bürokratischen Hindernisläufen verdammt werden, um helfen zu dürfen. Viele NGOs müssen afrikanischen Beamten, also staatlichen Lohnempfängern, ein sogenanntes «per diem», Taggelder, zahlen, damit sie überhaupt mit ihnen zusammenarbeiten können.

Firmen wie Shell oder Glencore werden – zum Teil zu Recht – gescholten, aber bei korrupten Despoten wie Kabila, die letztlich die Bodenschätze an diese ausländischen Firmen zu Spottpreisen verschleudern, blickt man diskret weg. Man will ja nicht in den Ruch kommen, wieder einmal klischeehaft das «Das Herz der Finsternis» zu evozieren. Nimmt man die politischen Verhältnisse ins Visier, müsste man zugeben, dass nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit in einem Land wie Kongo-Kinshasa, unter den gegenwärtigen Bedingungen, ziemlich hoffnungslos ist. Und es gibt mehrere Länder mit einer vergleichbaren politischen Situation.

Es ist eigentlich ziemlich einfach: In mindestens der Hälfte der Länder herrschen entweder Kriege, machen Rebellen beziehungsweise Terroristen das Land unsicher, oder sie sind extrem arm, oder sie leiden an Staatschefs, die entweder inkompetent, gleichgültig oder korrupt und raffgierig sind und denen es nicht gelingt, die Volkswirtschaft zu diversifizieren oder auch nur minimal zu industrialisieren. Auf mehrere Länder treffen auch alle drei Bedingungen zu. Die Investitionshemmnisse sind oft politischer Natur und haben nichts mit einem angeblich schlechten Image Afrikas und Vorurteilen zu tun. Viele Investoren sind ja durchaus risikofreudig, aber es gibt Grenzen. Afrika wird «armregiert». Hinzu kommt das hohe Bevölkerungswachstum, das wirtschaftliches Wachstum oft wieder wegfrisst. Aber auch das Thema afrikanische Demografie ist ein Minenfeld der politischen Korrektheit.

## Entwicklungszusammenarbeit als Droge

Entwicklungszusammenarbeit wird überschätzt. Sie hilft sicher da und dort, wird oft mit grossem Engagement betrieben, aber am grossen Ganzen ändert sie nicht viel. Und der Aufwand steht in keinem Verhältnis zum Ertrag. Manchmal schadet sie auch. «Hilfe ist wie Öl, sie erlaubt mächtigen Eliten, öffentliche Einnahmen zu veruntreuen», schrieb der Ökonom Paul Collier von der Universität Oxford. Sie ist, vor allem wenn sie in Form von Budgethilfe funktioniert, eine automatische Rente, wie jene aus den natürlichen Ressourcen. Solches «Money for nothing» wirkt wie eine Droge. Sie macht abhängig, korrumpiert den Empfänger und nimmt ihm jeden Anreiz für Produktivität.

Der Armutsforscher und Wirtschaftsnobelpreisträger Angus Deaton sagt:

*«Besonders in Afrika haben Regierungen, die ihren Haushalt zu einem hohen Anteil auf Entwicklungshilfe stützen, keinen Anreiz, sich gegenüber ihren Bürgern zu verantworten. Sie müssen sich nur gegenüber ihren Geldgebern rechtfertigen, die wiederum unter dem Druck der Spender stehen, den Armen Geld zu geben. In vielen armen und korrupten Ländern gibt es daher keine Fortschritte.»*

Es handelt sich um eine unheilige Allianz zwischen «Gebern» und Regimen, die dank dem finanziellen Zufluss in den Haushaltbereichen Gesundheit, Soziales und Bildung sparen können und dafür mehr Geld übrig haben für die persönliche Sicherheit oder die Armee. Das ist eine fatale Interessenkonvergenz zwischen Wohlmeinenden und Despoten. Es ist natürlich für einen Regenten angenehm, wenn er kein Volk von Steuerzahlern vor sich hat, dem er Rechenschaft schuldig ist, sondern Vertreter

von Organisationen, die froh sind, wenn sie ihre Projekte durchführen können. Entwicklungsgelder schaffen falsche Anreize.

So ist für Regierungen Armut profitabel: Es ist einfacher, Hilfsgelder zu verlangen, als eine funktionierende Wirtschaft aufzubauen. In manchen Ländern gibt es mehr Nichtregierungsorganisationen als Firmen. Ausländisches Geld kann korrupte Regime am Leben erhalten und zementieren.

## Junge Staatlichkeit

Es gibt einerseits die kleinen, lokalen Projekte, die von der Bevölkerung vor Ort getragen werden. Die Gefahr von Planungsruinen und «weissen Elefanten» ist hier eher klein. Aber Brunnenbau und Initiativen zum Korbflechten können keine Institutionen und Strukturen ersetzen. Es gibt kein wahres Leben im falschen. Und dann gibt es andererseits die Versuche zu strukturellen Reformen beispielsweise der UNDP, die beim grossen Ganzen ansetzen wollen. Aber dort ist dann die Gefahr der Zweckentfremdung der Mittel und der bürokratischen Leerläufe dann wieder umso höher. Entwicklung lässt sich einfach nicht delegieren.

Auch der generelle Hinweis auf den Kolonialismus und Neokolonialismus, mit dem an das schlechte Gewissen der Spender appelliert wird, bringt wenig. Das Hauptproblem vieler afrikanischer Länder ist die junge Staatlichkeit. Manche befinden sich immer noch in der Phase des «Nation-building» oder sind überhaupt Pseudostaaten, wie Kongo-Kinshasa. Natürlich kann man den Kolonialmächten vorwerfen, dass sie wenig dazu beigetragen haben, tragfähige politische Strukturen zu errichten und frühzeitig Kader auszubilden. Aber ohne Kolonialismus sähe die Situation wahrscheinlich in dieser Hinsicht nicht viel anders aus; möglicherweise wären die Staaten noch weniger ausdifferenziert und fragiler. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Afrika radikal von Asien, und das erklärt vielleicht auch, warum sich ein Land wie Vietnam, das gleich mehrmals unter Kolonialismus und Krieg leiden musste, sehr viel rascher stabilisieren und entwickeln konnte.

Es gibt vielerorts in Afrika, gerade unter Staatheads, die Tendenz, die Weissen für alle Übel des Kontinents verantwortlich zu machen. Das ist eine Art, sich aus der eigenen Verantwortung zu stehlen. Bezeichnend ist allerdings, dass der Europäer dabei, auch unter der breiteren Bevölkerung, oft ambivalent besetzt ist. Er ist der Übeltäter, der Kolonialist, der Ausbeuter, der Unterdrücker, der Rassist, der Reiche, aber zugleich auch der Retter, der Heilbringer, der Geber, der Wohltäter. Diese Widersprüchlichkeit, ja Spaltung spiegelt sich auch in der Migration, wenn sich junge Ausreisewillige Europa als Eldorado, Schlaraffenland und Garten Eden vorstellen, zugleich aber einen angeblich allgegenwärtigen Rassismus beklagen. Auch in dieser fast zwanghaften Bewegung Richtung Europa gibt es den psychologischen Aspekt einer postkolonialen, ambivalenten Fixierung. Das chinesische Engagement in Afrika ist dann gewissermassen die Kehrseite. Viele Politiker öffneten ihm ziemlich naiv Tür

und Tor, einfach weil sie annahmen, dass die Chinesen, die den Kontinent nie kolonialisiert hatten, eine weisse Weste trügen. Und Peking spielte natürlich auch gekonnt auf dieser antiimperialen Klaviatur.

## Die magische Zahl 0,7

Entwicklungsorganisationen fordern seit Jahren ultimativ, die westlichen Staaten müssten 0,7 Prozent ihres Bruttosozialprodukts in die Entwicklungszusammenarbeit investieren. Vielleicht haben wir uns schon so sehr an die Ökonomisierung und Quantifizierung aller Lebensbereiche gewöhnt, dass uns die Seltsamkeit dieser Forderung gar nicht mehr auffällt. Die Advokaten der Entwicklungshilfe sind oft eher kapitalismuskritisch eingestellt; aber offenbar haben sie die Geld-Logik so sehr verinnerlicht, dass sie annehmen, «mehr» sei automatisch «besser». Die Hilfe wird am Aufwand, nicht am Ergebnis gemessen.

Geld ist nicht das Problem. Schon heute haben viele Organisationen Mühe, ihre Gelder überhaupt zu absorbieren, das heisst sinnvoll zu investieren. Dann kaufen sie Ende Jahr rasch noch ein paar teure Autos, damit sie für das nächste Jahr das Budget nicht herunterschrauben müssen. Auch der sogenannte Marshallplan von Deutschland für Afrika zielt an den realen Problemen vorbei, wenn es einfach darum geht, möglichst viel Geld lockerzumachen, ohne übrigens afrikanische Vertreter selbst um ihre Meinung zu fragen.

Diese Idee von «umso mehr, desto besser» geht zurück auf den Entwicklungsökonom Jeffrey Sachs und seine Idee vom «Big Push», also der grossen Anschubfinanzierung. Mit 75 Milliarden Dollar pro Jahr kann, laut seinen Berechnungen im Buch «Das Ende der Armut», Afrika gerettet werden. Der springende Punkt ist für Sachs die Armutsfalle: Armut selbst ist die Hauptursache für Armut. Wer ums Leben kämpft, kann nicht sparen und hat dadurch keine Chance, etwas an seinem Leben zu ändern. Nur Zuschüsse von aussen können ihn von der untersten auf die zweitunterste Leitersprosse bringen, von wo aus er dann alleine weitersteigen kann.

Sachs' Gegenspieler sind William Easterly, mit seinem Buch «Wir retten die Welt zu Tode» und Dambisa Moyo mit «Dead Aid - Warum Entwicklungshilfe nicht funktioniert und was Afrika besser machen kann». Die Tragödie liegt für Easterly in der Tatsache, dass «der Westen in den vergangenen fünf Jahrzehnten 2,3 Billionen Dollar für Entwicklungshilfe ausgegeben und es trotzdem nicht geschafft hat, den Kindern die 12 Cent teuren Medikamente zukommen zu lassen, die in der Lage wären, die Hälfte aller malariabedingten Todesfälle zu verhindern».

Die These von der Armutsfalle kann Easterly leicht widerlegen; die jüngere Geschichte ist voll von Ländern, die es ohne Entwicklungshilfe geschafft haben, und solchen, die es trotz Hilfe nicht geschafft haben. Gäbe es wirklich eine Armutsfalle, wären wir alle immer noch arm. Tatsächlich ist Entwicklungshilfe kaum nachhaltig; sie hat wenig Einfluss auf das wirtschaftliche Wachstum. Die Qualität der Regierungsführung ist viel wichtiger. Übersteigt ausländische Hilfe acht Prozent des Bruttosozialproduktes eines Landes, wird sie gemäss seinen Studien sogar kontraproduktiv.

Heute gibt es bereits 27 solche Länder. Übernehmen die Geberländer die «Big push»-Vorschläge, würden praktisch alle einkommensschwachen Länder diese Schwelle überschreiten.

Erwähnen muss man in diesem Zusammenhang ein weiteres, für die Diskussion unverzichtbares Buch: Paul Collier «Die unterste Milliarde». Er nimmt eine Akzentverschiebung vor. Denn heute stehen sich nicht mehr der reiche Westen und der arme «Rest» gegenüber. Eher unterteilt sich die Welt in eine reiche Milliarde Menschen, fünf Milliarden aus aufholenden Entwicklungsländern und eine Milliarde aus stagnierenden Regionen, eben die unterste Milliarde. Angesichts der aufholenden Länder vor allem in Asien stellt sich die Frage schärfer als noch vor zehn Jahren, was es mit dem ärmsten Siebtel auf sich hat, den 58 meist kleinen und vor allem afrikanischen Ländern. Die klassische linke Erklärung – «Sie sind arm, weil wir reich sind» – ist heute unplausibler denn je. Wirtschaft ist kein Nullsummenspiel. Ein Land profitiert, wenn es den andern gutgeht. Das Problem vieler afrikanischer Länder – vor allem von solchen ohne Meerzugang – liegt gerade darin, von armen und chaotischen Nachbarn umgeben zu sein, was den Transport zum nächsten Hafen schwierig und gegenseitigen Handel unprofitabel macht.

## Der Westen hat kein Interesse an einem armen Afrika

Der Westen hat kein Interesse an einem armen Afrika, aus dem er einfach die billigen Rohstoffe abtransportieren kann. Es stimmt nicht, dass die «Multis» die Anstrengungen Afrikas, sich zu industrialisieren, systematisch hintertreiben. Das ist ein linkes Ammenmärchen. Für die Rohstofffirmen wäre es häufig lukrativer, sie könnten die Ressourcen vor Ort verarbeiten. Aber die Voraussetzungen für eine solche Art von längerfristigem Engagement – Infrastruktur, Transportwege, Energieversorgung, Rechtssicherheit, Personal, Stabilität – sind gerade in den Rohstoffländern oft nicht gegeben. Ein wohlhabendes, funktionierendes Afrika wäre nicht nur als Produktionsstandort, sondern auch als Absatzmarkt für die Industrieländer interessanter denn als Empfänger von Entwicklungshilfe oder, korrekter ausgedrückt, als Partner der Entwicklungszusammenarbeit.

Leider ist die Bereitschaft von Entwicklungsorganisationen zu grundsätzlichen Diskussionen im Allgemeinen nicht sehr ausgeprägt. Meist fehlt schon die Zeit, weil man gleich zum nächsten «Briefing» oder «Debriefing» eilen muss. Im privaten Rahmen wird jedoch oft Desillusionierung geäußert. Ein deutscher Experte, der seit zwanzig Jahren im medizinischen Bereich in Benin tätig war, zog folgendes ernüchterndes Fazit: «Wenn ich schaue, was von all den Gesundheitsprojekten hier über die Jahre geblieben ist, dann muss ich sagen: Kaum etwas, ausser den widerstandsfähigen Grundmauern einiger Spitäler.» Mit anderen Worten, die Zeit wirkt in Afrika wie eine Neutronenbombe: Sie lässt nur die Hardware stehen – und das Immaterielle: Geister, Liebe, Musik, Lachen und Traurigkeit. Aber Operationstische, Moskitonetze, Medikamentenvorräte, Fachbücher, Statistiken, Kurse, all das verschwindet.



LIBERALES INSTITUT

## Impressum

Liberales Institut  
Rennweg 42  
8001 Zürich, Schweiz  
Tel.: +41 (0)44 364 16 66  
Fax: +41 (0)44 364 16 69  
libinst@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf  
[www.libinst.ch](http://www.libinst.ch).

Bei diesem Briefing handelt es sich um einen Vortrag, den der Autor am 15. August 2018 im Rahmen der Veranstaltung «Entwicklungspfade in Afrika und in Asien» an der Universität Bern hielt. Dieser Beitrag ist zudem in einer kürzeren Version am 18. August 2018 in der Neuen Zürcher Zeitung erschienen. Mit freundlicher Genehmigung des Autors.

## Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.  
Copyright 2018, Liberales Institut.